Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft

Herausgeber: Wechselwirkung

Band: 10 (1988)

Heft: 37

Rubrik: Berichte ; Projekte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

BERICHTE/PROJEKTE

Von Genen, Weckern und anderen tickenden Themen

Der Begriff »anschlagsrelevante Themen« geistert durch die Medien, seit das Bundeskriminalamt (BKA) in einer bundesweiten Aktion am 18. Dezember 1987 33 Wohnungen und Betriebe durchsuchte. Mit der neudeutschen Wortschöpfung begründet das BKA sein Vorgehen insbesondere gegen Frauen und Frauenprojekte, die sich mit Gen- und Reproduktionstechnologien und Flüchtlingspolitik beschäftigen.

Die Logik des BKA und der Bundesanwaltschaft ist dabei simpel: Jeder, der zu diesen Themen arbeitet, darüber schreibt, Material sammelt, Veranstaltungen organisiert oder besucht, kann in den Verdacht der »Anschlagsrelevanz« und damit der Unterstützung oder Mitgliedschaft einer terroristischen Vereinigung geraten. Dieser Zusammenhang mußte her, seit Gruppen wie die Rote Zora sich in den letzten Jahren zunehmend mit Anschlägen gegen Einrichtungen der Gentechnologie, Humangenetik, gegen den Menschenhandel mit Frauen aus der »Dritten Welt« und gegen die Flüchtlingspolitik der Innenbehörden richteten, und das BKA mangels Fahndungserfolgen unter Druck geriet.

Das Ergebnis der Durchsuchungen in Essen (Gen-Archiv), Bochum (taz-Redaktion), Köln und Hamburg ist mittlerweile bekannt: 23 Personen wurden vorübergehend festgenommen, gegen 20 von ihnen laufen Ermittlungsverfahren und zwei Frauen, Ursula Penselin und Ingrid Strobl, sitzen in Untersuchungshaft. Nach drei weiteren Frauen und einem Mann wird gefahndet.

Die Festnahmen und Durchsuchungen begründet das BKA mit dem Hinweis auf den § 129a (Mitgliedschaft, Unterstützung und Werbung für eine terroristische Vereinigung), bei dem – so die Rechtsanwältin von Ingrid Strobl, Edith Lunnebach, auf einer Veranstaltung am 18. März 1988 in Berlin – *»der Boden vom Tatstrafrecht verlassen wurde hin zum Täterstrafrecht«*. Ermittelt wird nicht aufgrund begangener Straftaten, sondern gegen Personen, die mit ihren politischen Überzeugungen und Meinungen »anschlagsrelevant« erscheinen.

Ursula Penselin, die sich seit Jahren mit der Gen- und Biotechnologie beschäftigt, wird vorgeworfen, daß sie sich mit drei anderen Frauen in einem Café in Osnabrück getroffen habe. Eine dieser Frauen, aber ausdrücklich nicht Ursula Penselin, soll in einem Elektronikfachgeschäft in Hamburg Bauteile gekauft haben, wie sie bei Brandanschlägen auf Filialen der Bekleidungswerke Adler am 15. August 1987 verwendet worden seien. Außerdem soll Ursula Penselin an einem Treffen in einer Ferienwohnung in Holland teilgenommen haben, die unter einem Namen gemietet wurde, den keine der beteiligten Frauen trug. Dies erfüllt in den Augen des BKA den Tatbestand der Konspiration.

Ingrid Stobl, ehemals Redakteurin bei »Emma«, soll am 11. September 1986 einen Wecker gekauft haben, der laut BKA bei einem Sprengstoffanschlag der Revolutionären Zellen auf das Verwaltungsgebäude der Lufthansa in Düsseldorf verwendet gewesen sein soll. Durch eine Kennzeichnung aller noch vorhandener Wecker der Marke EMES-Sonochron hatte das BKA gezielt den Kauf dieser Wecker überwacht.

Beide Frauen sitzen unter Isolationshaftbedingungen ein, d.h. keine eigene Kleidung, Nachbarzellen sind leer, Einzelhofgang, Verteidiger- und Angehörigenbesuche nur mit Trennscheibe. Bei Ursula Penselin sind im März diese Maßnahmen teilweise gelockert worden.

In welcher Weise das BKA auf die Gesinnung der Beteiligten zielt, machte Edith Lunnebach anhand der Durchsuchungsbefehle deutlich. Darin heißt es u.a.:

- *»Im Verlauf der insoweit durchgeführten Ermittlungen hat sich ferner ergeben, daß die Beschuldigten sowie weitere der Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung 'Revolutionäre Zellen/Rote Zora' Beschuldigte einem Kreis von Frauen angehören, zwischen denen enge persönliche Beziehungen bestehen und die sich in Gesprächskreisen und auf Kongressen intensiv mit der Thematik 'Gen- und Biotechnologie' auseinandersetzen.«*
- *»Dieser Kreis ... besteht aus Personen, die sich überwiegend seit Jahren kennen und teils offen, teils unter verschleierten Umständen treffen.«*
- *»Die Beschuldigte unterhält enge persönliche Beziehungen u.a. zu den gesondert Verfolgten ... und ... die Beschuldigte setzt sich intensiv mit dem Thema Flüchtlingsproblematik auseinander und nimmt an regelmäßigen Arbeitstreffen – u.a. gemeinsam mit dem Vorgenannten – teil.«*
- *»Die Beschuldigte hat ferner an einem Treffen am 29. Oktober 1987 im Hinterzimmer einer Gastwirtschaft teilgenommen, bei dessen telefonischer Verabredung ganz gezielt der Zweck des Treffens auch nur andeutungsweise nicht erwähnt worden ist.«*

Derartigen Verdächtigungen und Vermutungen kann jede und jeder zu jeder Zeit ausgesetzt werden, die/der sich mit »anschlagsrelevanten Themen« beschäftigt.

Briefe können an Ursula Penselin und Ingrid Strobl über den Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof, Herrenstr. 45a, 7500 Karlsruhe 1, gerichtet werden.

Finanzielle Unterstützung (Anwalts- und Prozeßkosten usw.) kann geleistet werden:

Für Ursula Penselin:
J. Beyer,
Hamburger Sparkasse,
Stichwort: 18.12. 87, Kto.-Nr. 1206484931, BLZ 200 505 50

für Ingrid Strobl: **P. Neff, Postgiroamt Köln, Kto.-Nr. 234 81-506, BLZ 370 100 50**

Der Frauenbuchladen Bochum, Schmidtstr. 12, 4630 Bochum 1, hat zum Preis von DM 5,- unter dem Titel »Tiefe Einblicke« eine Dokumentation zu den Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vom 18. Dezember 1987 herausgebracht. **WW**

Von Konzernen, Hackern und weiteren tickenden Themen

Die Nachricht schlug wie eine Bombe in der Hacker-Szene ein: Steffen Wernery, Vorstandsmitglied des Hamburger Chaos Computer Clubs, wollte auf Einladung hochkarätiger Sicherheitsexperten auf der internationalen Fachtagung »SECURICOM« in Paris über Hintergründe des sogenannten NASA-Hacks referieren. Gemeint ist der bislang größte bekannt gewordene Software-Fehler in der Geschichte der Computertechnik. Für manchen Hacker dürfte der Auftritt vor erlesenem Fachpublikum ein heimlicher Traum sein: Endlich Gelegenheit, den offiziellen Experten zu erläutern, was sie noch zu lernen haben. Doch für Wernery wurde die Reise nach Paris zum Alptraum. Seit dem 14. März 1988 sitzt er in französischer Untersuchungshaft, beschuldigt, andere zum Hacken angestiftet und Computeranlagen sabotiert zu haben. Daß die Franzosen an die falsche Adresse geraten sind, stört sie offensichtlich noch nicht. Für sie ist Wernery der Superhacker aller Zeiten.

Untersuchungsrichter Daniel Fontaneaud scheint Wernery alles anlasten zu wollen, was in den letzten Jahren in französischen Computersystemen schief gelaufen ist. Nach den ersten Tagen der Vernehmung standen rundum zehn Computersysteme verschiedener französischer Betreiber zur Diskussion. *»Steffen wird sich freuen«*, meint ein Club-Mitglied. Was man sonst nur mit beinharten Recherchen herausbekommt, präsentierte der Untersuchungsrichter in Form »saudummer Fragen«, die auch Wernery nicht beantworten kann. *»Die Franzosen sollten sich warm anziehen«*, meint Urgos, 19-jähriger Computerspezialist im CCC. *»Wenn Steffen rauskommt, weiß er über Peinlichkeiten der Computerbranche mehr als vorher«*. Schon munkelt man über eine französische Zementfabrik in La Farge, deren Computeranlage ebenfalls »fachmännisch zerlegt« wurde. Ein CCC-ler tippt sich mit dem Finger an die Stirn: *»Wer hackt schon in einer Zementfabrik?«* Dem anwesenden Journalisten ruft Urgos noch nach, er möge schon mal eine Seite freihalten – Thema: Sicherheitsprobleme in französischen Computersystemen – Autor: Steffen Wernery – Quelle: französische Ermittlungsbehörden.

Fontaneaud, meinen französische Beobachter, hat sich offensichtlich total verrannt. Endlich, so glaubte er, hat er einen leibhaftigen Hacker gefangen. Jetzt muß er feststellen, daß dieser weniger weiß als er. Pech, daß Fontaneaud einen Repräsentanten des inzwischen weltweit bekannten Chaos Computer Clubs hat einsperren lassen. Nach Haftentlassung wird er sich bohrenden Fragen der internationalen Presse stellen müssen. In einem Schreiben an den CCC signalisierte Wernery jedoch, man möge dem Untersuchungsrichter in der Öffentlichkeit die Chance lassen, sein Gesicht zu wahren. Das hat nichts mit Überheb-

lichkeit zu tun. Wernery, versierter Medienspezialist im CCC, weiß genau, was dem Franzosen medienmäßig bevorsteht, wenn er Fehler macht oder ihn schlecht behandelt. *»Eine Verhärtung der Fronten würde derzeit dem Steffen nur schaden«*, sagt Urgos mit bestechend sachlichem Ton. *»Doch jede Woche, die Steffen länger sitzt, sind Minuspunkte für Fontaneaud.«* Daß man Wernery fast vier Wochen auf kaltem Fußboden hat schlafen lassen, hatte in der Boulevardpresse schon zu Schlagzeilen geführt.

Auch den deutschen Ermittlungsbehörden dämmert es langsam, daß sie mit ihrer Raffgier im Umfeld des CCC einen groben Fehler gemacht haben könnten. Offensichtlich haben die Franzosen mit ihrem harten Vorgehen den Deutschen eine ausgeklügelte Tour vermasselt. Wohldosierter Druck mit gleichzeitigem Gesprächsangebot funktioniert nicht mehr. Beim BKA scheint sich langsam die Auffassung durchzusetzen, daß der qualifizierte Nachwuchs für Datenschutz und Systemsicherheit eher beim CCC als in den Schulen und Universitäten sitzt.

Ganz schlechte Karten hat derzeit der niederländische Elektronikkonzern Philips. Dessen Werbeslogan *»Mit Philips reden«* entwickelt sich zunehmend zur Negativwerbung. Als französische und deutsche Ermittlungsbeamte im November vergangenen Jahres Wernerys Wohnung durchsuchten, präsentierten sie einen Durchsuchungsbeschluß, der u.a. auf eine Anzeige der französischen Philips-Niederlassung zurückgeht.

Philips hatte bereits 1986 Strafantrag gegen unbekannt gestellt. Nachdem der CCC mit der NASA-Story an die Öffentlichkeit ging, wurde die Anzeige gegen den Chaos Computer Club und die beiden Vorsitzenden Wau Holland und Steffen Wernery umformuliert. Die, im Umgang mit absurden Reaktionen seriöser Kreise versiert, meldeten sich am 17. Februar 1988 kurzerhand schriftlich bei Philips und fragten nach, was eigentlich los sei. Über Hacks in Frankreich gab es im CCC bis dahin nicht einmal Gerüchte.

Der Konzern zeigte sich an einem »vertraulichen Gespräch« interessiert. Und da Wernery ohnehin zur SECURICOM nach Paris eingeladen war, wurde kurzerhand für den 14. März um 14 Uhr ein Gesprächstermin vereinbart. Der Termin platzte. Am Pariser Flughafen Charles de Gaulle wartete bereits die französische Polizei auf Wernerey. Da außer Philips niemand wissen konnte, daß er für diesen Termin einen Flug früher gebucht hatte, war für die Teilnehmer der SECURICOM sofort klar, daß Philips die Festnahme veranlaßt hat. Ein Teilnehmer: *»Die fühlen sich offensichtlich erpreßt.«* SECURICOM-Leiter Peter Hazelzet hatte sich vorher bei den Ermittlungsbehörden erkundigt, ob sein Gast unbehelligt in Frankreich einreisen könne. Das wurde bejaht. Weiteres Pech für Fontaneaud, daß er jetzt zu allem Übel argwöhnisch von der internationalen Datensicherheitsszene beobachtet wird, auch wenn die Kritik von dort verhalten diplomatisch formuliert wird. Keinem Journalisten ist es bislang gelungen, Philips-Frankreich zu einer Stellungnahme zu bewegen. Selbst dpa, Spiegel, Stern und Zeit stehen vor verschlossenen Türen. Der unüberlegte Schnellschuß kann peinliche Folgen für Philips haben. Der Hersteller, Digital Equipment Corporation, mit dessen Computer auch Philips arbeitet, hat schon angedeutet, daß bei Einhaltung der Herstellerempfehlungen Datenschutzprobleme wie bei Philips weitgehend ausgeschlossen werden können. Andere Betreiber, die ähnlich lasch mit den technischen Maßnahmen im Datenschutz umgehen, werden einen Teufel tun, dem Konzern aus der Patsche zu helfen. Doch die sollten sich nicht zu früh freuen. Ein Vergleich der von den Hackern zusammengestellten Liste betroffener Systeme und der Kunden-Wartungsliste des Herstellers ergab, daß ein Teil der Betreiber nicht lizensierte Software, zu gut deutsch Raubkopien, verwendet hat. Die Geschichte bleibt also weiterhin spannend.

Jürgen Wieckmann

Eine erneute Wende im Strahlenschutz!

Symposium »Die Wirkung niedriger Strahlendosen auf den Menschen« in Münster

Die Gefährlichkeit von Radioaktivität wurde im Laufe der letzten Jahrzehnte ständig höher eingeschätzt. Ging man in den fünfziger Jahren noch von einem Schwellenwert für die Erzeugung von Spätfolgen, wie Krebs und genetischen Schäden aus, ist das Nichtvorhandensein eines Schwellenwertes heute von der Mehrzahl der Wissenschaftler akzeptiert.

Das Unglück von Tschernobyl hat dann vieles durcheinander gebracht. Die Radioaktivität wurde vielerseits als nicht mehr so gefährlich angesehen. So wurde schon nach den ersten Niederschlägen des Fallouts in der Bundesrepublik deutlich, daß die Belastung von Boden und Lebensmitteln so hoch war, daß es zu einer Stillegung der kerntechnischen Anlage kommen müßte, sofern die Quelle ein bundesdeutsches Atomkraftwerk gewesen wäre und es sich um einen GAU gehandelt hätte. Beides lag bekanntlich nicht vor. In Windeseile mußten also neue Katastrophenpläne erlassen werden, die der Bevölkerung eine weit höhere Belastung zumuteten. Vor allem auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft kam es zu den viel diskutierten Aktivitätsgrenzwerten von 370 Bq/kg für Milchprodukte bzw. 600 Bq/kg für sonstige Lebensmittel.

Eine neuerliche Wende nimmt nun die Diskussion, nachdem die Revision der Hiroshima/Nagasaki-Daten vorliegt. Danach kam es in Hiroshima zu einer Überschätzung der Radioaktivitätsdosen, vor allem wurde die Dosis der Neutronenstrahlung zu hoch eingeschätzt, d.h. schon niedrige Dosen führten zu der in Japan gefundenen Erhöhung der Krebssterblichkeit bei den Überlebenden der Atombombenabwürfe. Allerdings ist die Erhöhung des Risikofaktors nicht allein auf die Dosisrevision zurückzuführen, sondern auch auf den größeren Beobachtungszeitraum der Spätfolgen.

Diese 1987 veröffentlichte Studie bestimmte auch zu großen Teilen die Diskussion auf einem Symposium über »Die Wirkung niedriger Strahlendosen auf den Menschen« im Februar diesen

ERMUTIGUNG

»Zweifellos ist die *Kommune* derzeit die lebendigste Monatszeitschrift der Linken, ein Blatt, das den Grünen kritisch nahesteht. Sie mit dem heruntergekommenen *konkret* auch nur zu vergleichen, wäre eine Beleidigung. Hier wird, auf theoretischem Niveau, nachgedacht über die Situation in Polen, Ungarn, der Sowjetunion, über ökologische Fragen, vor allem über die Dritte Welt. Hauptthema aber ist, Heft für Heft, die »grüne Strategiedebatte«. Dabei werden die Widersprüche grüner Politik freigelegt. Man ist für die verschiedensten Ansichten offen und wendet sich gegen die Lagerbildung. Wer sich für die gesellschaftlichen Veränderungen der Jetztzeit mehr als oberflächlich interessiert, sollte die *Kommune* lesen.«

Michael Buselmeier
»Zeitschriften-Rundschau«
in *Frankfurter Rundschau*,
9. Januar 1988

Ich bestelle:
☐ Einzelheft 7 DM
☐ Kennenlernpaket — 2 Hefte für 10 DM (altes Heft und neueste Ausgabe)
☐ Jahresabo (12 Hefte: 77 DM, Ausland 87 DM)

Bestellungen nur gegen Vorauskasse!

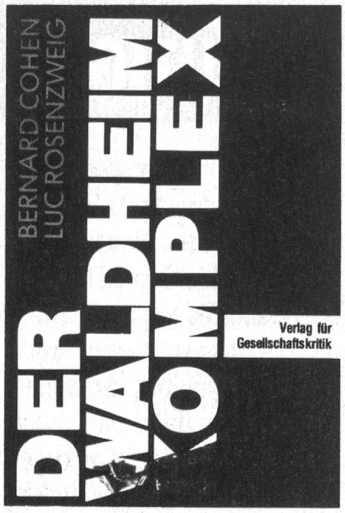
Name

Straße

PLZ/Ort

Kommune-Vertrieb · Postfach 111162 · 6000 Frankfurt 1

FORUM FÜR POLITIK
ÖKONOMIE · KULTUR
KOMMUNE



Bernard Cohen/Luc Rosenzweig
DER WALDHEIM–KOMPLEX
aus dem Französischen von
Jürgen Doll und Ruth Vogel
mit einem Nachwort der Gruppe
„Neues Österreich"
und einem Essay von Peter Handke
Wien 1987, ISBN 3-900351-75-9
168 Seiten, 8 Abbildungen, öS 198,–/DM 29,–
„... liest sich dieses Buch wie die böse Novelle über einen nach dem Prinzip des Danteschen Infernos Bestraften." (Die ZEIT)

Eduard Gugenberger
Roman Schweidlenka
Mutter Erde, Magie und Politik
Zwischen Faschismus und
neuer Gesellschaft
Wien 1987, ISBN 3-900351-80-5
336 Seiten, öS 298,–/DM 43,–
Im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Krisen und einer unvermeidbar scheinenden ökologischen Katastrophe hat sich auch gegenwärtig ein immer stärker werdender Trend hin zum Okkulten und Magischen etabliert: Indianer, Kelten und Germanen gewinnen zunehmend an Popularität. Hexentum, Esoterik und Magie haben auch in der bürgerlichen Gesellschaft Fuß gefaßt.

Verlag für Gesellschaftskritik
1070 Wien, Kaiserstraße 91, Tel. 963582

Jahres in Münster. Über vierzig Jahre nach Hiroshima überkam dort den Beobachter das Gefühl, erneut eine Wende im Strahlenschutz zu erleben. Zu diesem Symposium hatte das Institut für Strahlenbiologie der Universität Münster eingeladen. Waren auf einer Konferenz zum gleichen Thema in Bremen ein Jahr zuvor noch die Wissenschaftler unter sich, so führte dieses Jahr die Ankündigung, sowohl Befürworter als auch Kritiker als Referenten einzuladen, zu einem großen Ansturm vor allem jüngerer Menschen. Ca. 500 Teilnehmer wurden gezählt.

Die neue Bewertung der Hiroshima-Daten ist von großer Bedeutung für die Ermittlung der Risikofaktoren, die das Krebsrisiko nach radioaktiver Bestrahlung abschätzen sollen. Multipliziert man die Anzahl der Menschen, die mit einer bestimmten Dosis bestrahlt wurden mit dieser Dosis, erhält man die Kollektivdosis. Diese wird wiederum mit dem Risikofaktor multipliziert, um schließlich die Anzahl der geschätzten Krebstodesfälle zu erhalten. Eben diese Risikofaktoren sind auch nach Tschernobyl heftig umstritten. Es zeigen sich Unterschiede bis zu einem Faktor 20. Für die Abschätzung des Krebsrisikos nach Tschernobyl ist es von entscheidender Bedeutung, welchen Risikofaktor man annimmt. So hat z.B. die deutsche Strahlenschutzkommission sich immer auf den niedrigsten Wert der internationalen Strahlenschutzkommission (ICRP) berufen. Die Revision der Hiroshima-Daten hat dagegen zu einer Verfünffachung gegenüber dem Risikofaktor der ICRP geführt.

Zusätzlich wichtig für die Anwendung dieser neuen Erkenntnisse der Hiroshima-Revision ist jedoch, nach welcher Gesetzmäßigkeit man die Daten in den Bereich zu niedrigen Dosen unterhalb 1 000 mrem extrapoliert. Im Niedrigdosenbereich ist ein direktes Studium der Wirkung von Radioaktivität sehr schwierig und mit großen Fehlern behaftet. Dieses Niedrigdosenbereich ist auch der Bereich, der nach dem Fallout von Tschernobyl in Europa gegeben war. Damit verlagert sich die in Münster geführte Diskussion auf den Verlauf der Dosis-Wirkungs-Kurve bei niedrigen Dosen. Die angegebenen Daten der RERF-Studien (Radiation Effects Research Foundation) sind durch Reduktionsfaktoren gegenüber dem hohen Dosisbereich erniedrigt. Als Begründung wird ein linearquadratisches Verhalten der Dosis-Wirkungs-Kurve angenommen, d.h. bei niedrigen Dosen ist die Wirkung geringer als bei höheren. Jedoch ist diese Annahme nur schwer zu rechtfertigen, findet sich doch in den meisten Experimenten ein linearer Verlauf, wie dies auch wieder in einigen Vorträgen belegt wurde. Der eigentliche Risikofaktor liegt also bei 1740. Danach bleibt also die Interpretation der neuen Daten weiter kontrovers, bzw. man streitet sich nun um die Höhe der bisherigen Unterschätzung des Risikos. Entsprechend lief die Diskussion an diesen Stellen kontrovers. H. Paretzke von der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) bescheinigte in aller Öffentlichkeit, daß sie das Risiko unterschätzt hatte.

Zum direkten Einfluß von Niedrigstrahlung auf biologische Systeme wurden Experimente an Hamster- und Menschenzellen vom Giessener Strahlenbiologen J. Kiefer auf dem Symposium vorgestellt. Das wichtigste Ergebnis dabei ist, daß eine Erniedrigung der Dosisleistung, d.h. eine verzögerte Bestrahlung der gleichen Gesamtdosis, zu einer Erhöhung der Mutationsrate der Zellen führt, allerdings wurde dies nur für Hamsterzellen beobachtet, bei menschlichen Zellen gibt es keine Veränderung der Mutationsauslösung. Dies würde nicht einer linearen, sondern einer überlinearen Dosis-Wirkungs-Beziehung entsprechen, entsprechend müßten auch alle Risikofaktoren, falls diese Ergebnisse übertragbar sind, wesentlich erhöht werden.

Einen überlinearen Verlauf hat auch Petkau bei der Bestrahlung von Membranen entdeckt. Dieser sogenannte Petkau-Effekt geisterte immer wieder durch den Raum, obwohl er in Münster nie grundlegend diskutiert wurde. Von offizieller Wissenschaft als nicht übertragbar angesehen, wird er von Kritikern immer wieder teils sehr pauschal zitiert. Das Auftreten vieler Kritiker auf den Kongreß brachte ohne Zweifel etwas Farbe in das sonstige Grau der Wissenschaft, doch blieben in einigen Fällen die Kritiker unter sich, und vielen war vielleicht das wichtigste, daß sie überhaupt zu Wort kamen. So erging es dem Zuhörer auch bei dem Vortrag von E. Sternglass, einem seit den 60er Jahren engagierten Atomkritiker. Auch auf dieser Tagung waren seine Schlußfolgerungen nur schwer nachvollziehbar. Seine epidemiologischen Untersuchungen in den USA rechnen mit einigen Zehntausend Toten nach Tschernobyl. Nach Tschernobyl sei es zu einer extremen Erhöhung der Sterblichkeit gekommen und dies insbesondere in den USA mit einer im Vergleich zu Europa wesentlich niedrigeren Dosis der Belastung nach dem Unglück von Tschernobyl. Begründung für dieses unerwartete Verhalten soll eben auch hier die erhöhte Empfindlichkeit bei niedrigsten Dosiswerten sein.

Insgesamt wäre es vielleicht von Kritikerseite günstiger, nicht ständig eine große Sammlung ungeklärter Phänomene des Strahlenschutzes aneinanderzureihen, ohne daß das Auditorium in der Lage ist, nur einen einzigen der Befunde diskutieren zu können. Vielleicht sollte man auch den Vorschlag von J. Kiefer aufgreifen, auf einer zukünftigen Tagung einmal nur über den Petkau-Effekt zu referieren, um im Detail darüber diskutieren zu können. Hier bestünde eine Chance, die offizielle Wissenschaft herauszufordern.

Wesentlich aussagekräftiger waren neue epidemiologische Untersuchungen von A. Stewart, die einen Zusammenhang zwischen Krebssterblichkeit bei Kindern und natürlicher Hintergrundstrahlung aufzeigten. A. Stewart ist bekannt geworden durch ihre Untersuchung an Kindern, die während der Schwangerschaft einer Röntgenuntersuchung ausgesetzt waren. Hierbei fanden sich signifikante Erhöhungen der Krebssterblichkeiten. Nach ihrer neuen Studie ist die natürliche Radioaktivität eine Ursache unter vielen anderen für die Entstehung von Krebs. Damit wird endgültig mit dem Vorurteil aufgeräumt, daß keinerlei schädliche Einflüsse von der natürlichen Radioaktivität herrühren. Auch nach Tschernobyl ist dieses Argument noch immer zu hören. Die Krankengeschichten von mehr als zwanzigtau-

send Kindern wurden zu diesem Zweck erfaßt. Dies macht deutlich, welche großen Menschengruppen betrachtet werden müssen, um mit genügender Sicherheit einen Effekt in diesem Niedrigdosenbereich auf den Menschen nachweisen zu können. Letztendlich bleiben Experimente an Tieren oder sonstigen sehr eingeschränkten Bedingungen nur schwer auf den Menschen im allgemeinen übertragbar. Allein solche, wenn auch sehr aufwendigen, bevölkerungsstatistischen Untersuchungen können in der Zukunft weitere Information über die Gefährlichkeit von radioaktiver Strahlung geben. Zwei erfolgversprechende Ansätze wurden schon in Münster vorgestellt.

Der Mediziner M. Demuth zeigte Ergebnisse über eine erhöhte Leukämieinzidenz in der Umgebung des Atomkraftwerks Würgassen auf, und der Physiker B. Stein berichtete über eine Erhöhung der Krebs- wie auch der Säuglings- und Kindersterblichkeit in der Umgebung des Atomkraftwerks Lingen.

Natürlich hatten auch einige Vorträge die physikalischen Folgen von Tschernobyl zum Thema, während eventuelle medizinische Folgen nur von Sternglass diskutiert wurden. Ohne Namen zu nennen, wurde jedoch in einem Vortrag die Untersuchung des Berliner Humangenetikers K. Sperling zur erhöhten Trisomie-21-Inzidenz in der Bundesrepublik verworfen. In zwei Vorträgen wurde über »Hot Spots«, d.h. heiße Teilchen sehr hoher spezifischer Radioaktivität, berichtet. Zum Teil wurden sie als direkte Bruchstücke des Reaktorkerns identifiziert. Die gesundheitlichen Folgen, wenn, wie berichtet, z.B. ca. 20 solcher heißer Teilchen pro Tag in Bayern nach Tschernobyl eingeatmet wurden, sind umstritten.

Fazit: Trotz aller Beschwichtigungsversuche fallen nach Tschernobyl die Grenzwerte für Radioaktivität weiter, die Standpunkte über die Gefährlichkeit von Radioaktivität gleichen sich etwas an. Die Hiroshima/Nagasaki-Daten nähern sich nach der Revision den Ergebnissen anderer epidemiologischer Studien an. Die Extrapolation zu niedrigen Dosen bleibt umkämpft, wenn auch der linear quadratische Verlauf immer unwahrscheinlicher wird, d.h. auch hier eine Erhöhung der Gefährlichkeit. Hat dies nun alles gesetzliche Konsequenzen? Ein Vertreter des Bundesministeriums für Umweltschutz und Reaktorsicherheit kündigte noch mit Ablauf dieses Jahres die Novellierung der bestehenden Strahlenschutzverordnung an, in der die Lebenszeitdosis für beruflich strahlenexponierte Personen von derzeit 200 000mrem (40 mal 5 000 mrem) auf 40 000 mrem gesenkt werden soll. Allerdings mit Beibehaltung der 5 000 mrem pro Jahr, d.h. bei vermehrtem Heranziehen von Leiharbeitern kann die Begrenzung auf 40 000 mrem umgangen werden.

Wenn auch die Internationale Strahlenschutzkommission bei ihrer letzten Tagung 1987 in Como noch keinen Handlungsbedarf für eine Erniedrigung ihrer Grenzwerte sah, darf man gespannt sein, wie dieses selbsternannte wissenschaftliche Gremium langfristig auf die geänderte Datenbasis reagiert.

In einer Resolution, initiiert von einer Vertreterin einer Berliner Elterninitiative, unterschrieben ca. 50% der Anwesenden des Kongresses die Forderung, sofort entsprechende gesetzliche Konsequenzen aus der Revision der Hiroshima-Daten zu ziehen und es der britischen Strahlenschutzbehörde gleichzutun und eine Absenkung der Jahresdosis auf 1 500 mrem zu bewirken. Diese hohe Beteiligung bei einer solchen »politischen« Resolution ist für einen wissenschaftlichen Kongreß ein großer Erfolg.

Ernst Rößler
Arbeitsgruppe Umweltschutz Berlin

BAYER-Coordination mußte Namen ändern

Die BAYER-AG hat die BAYER-Coordination e.V. ultimativ aufgefordert, ab dem 15. April 1988 ihren Namen nicht mehr öffentlich zu verwenden. Andernfalls drohe der BAYER-Coordination eine Vertragsstrafe in Höhe von 6 000 DM für jedes erneute öffentliche Auftreten unter diesen Namen. Es sei bereits zu *»Zuordnungsirrtümern gekommen, in denen durch das Auftreten des Vereins mit dem Namen BAYER als Bestandteil des Vereinsnamens in der Öffentlichkeit der Eindruck entstand, es handele sich um eine zum Unternehmen der BAYER-AG gehörige Abteilung oder Organisation«*, heißt es in dem Abmahnschreiben. Die BAYER-Coordination hat daraufhin beschlossen,

Angewandte Ökologie ist

● wenn der VCD für Tempo 30 in Städten eintritt und konsequente Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs fordert ● wenn der VCD den Güterverkehr auf die umweltfreundliche Bahn verlagern will und scharfe Abgasentgiftung fordert, damit der Wald nicht stirbt ● wenn der VCD wieder Platz schaffen will für Radfahrer, Fußgänger und alle »schwachen« Verkehrsteilnehmer ● wenn **SIE** Mitglied werden im VCD und damit helfen diese Ziele durchzusetzen.

Damit die Anwendung von Ökologie und der zügige Austritt aus dem Autoclub leichter fällt bietet der VCD-Service:

● Europa-Schutzbrief (Pannenhilfe, Krankenrücktransport, Ersatzteilversand, etc.) DM 59,00 ● Verkehrsrechtsschutz mit unbegrenzter Deckungssumme (DM 80,00) ● Rechtsschutz für Nicht-Motorisierte (DM 19,50) ● Verkehrsberatung (kostenlos) ● Bahnkundenschutz (kostenlos) ● 6 x jährlich die Zeitschrift »fairkehr« (im Beitrag enthalten). Sie berichtet über Konzepte für den öffentlichen Personennahverkehr, aber auch, wie Sie ihr Auto mit geregeltem Katalysator nachrüsten können. Über Flugverkehr und Umwelt oder Fahrrad-Reparatur. Über ...

Es gibt viele gute Gründe für 35 DM Jahresbeitrag Mitglied im VCD zu werden.

☐ Ich habe Interesse am VCD bitte senden sie mir Informationen

☐ Ich möchte für 35 DM Jahresbeitrag Mitglied werden.

Name

Straße

PLZ, Ort

Einsenden an:
VCD, Kahlkuhlstraße 24, 5300 Bonn 3

VCD

Verkehrsclub der Bundesrepublik Deutschland
Kalkuhlstraße 24 · 5300 Bonn 3
Telefon (02 28) 44 41 44

TECHNOLOGIE UND POLITIK

Hans-Jürgen Lange

BONN AM DRAHT

Politische Herrschaft in der technisierten Demokratie

April 1988, 180 Seiten, br., 16,80 DM
ISBN 3-924800-92-8

Veränderte Kommunikationsstrukturen führen auch zu veränderten Entscheidungsstrukturen, so daß der Einsatz neuer Techniken eine politische Dimension erhält, die im vorliegenden Band untersucht wird.

Hans-Joachim Schabedoth/
Ruth Weckenmann

STRATEGIEN FÜR DIE ZUKUNFT

Neue Technologien zwischen Fortschrittserwartung und Gestaltungsauftrag

1988, 136 Seiten, br., 16,80 DM
ISBN 3-924800-91-X

Die Autoren beleuchten und bewerten die Diskussion um eine veränderte Nutzungslogik beim Einsatz neuer Technologien in der Arbeitswelt in Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Modernisierungsstrategien (Späth, Glotz u. a.).

SP-Verlag
Schüren
Deutschhausstraße 31
3550 Marburg
☎ 0 64 21 / 6 30 84

Bestellungen:
Direkt beim Verlag oder in jeder guten Buchhandlung

sich in »Coordination gegen BAYER-Gefahren« umzubenennen.

Die Kosten der Abmahnung soll die Coordination zu 75% tragen, bei einem Streitwert von 100 000 DM. Wegen dieser Forderung wird es wohl trotz der unter Protest vorgenommenen Namensänderung zum Prozeß kommen.

Derweil geht der Prozeß, den die BAYER-AG wegen eines Flugblattes der damaligen BAYER-Coordination angestrengt hat, in der zweiten Instanz weiter (vgl. WW Nr. 35 und 36). In der ersten Instanz wurde der Coordination erlaubt, weiterhin zu behaupten, daß der multinationale BAYER-Konzern *»demokratische Prinzipien, Menschenrechte und politische Fairnes verletzt«*, da dies eine zulässige Meinungsäußerung darstelle. Als unwahre Tatsachenbehauptung wertete das Gericht hingegen den Satz: *»Mißliebige Kritiker werden bespitzelt und unter Druck gesetzt, rechte und willfährige Politiker werden unterstützt und finanziert«*. Beide Seiten haben gegen das Urteil Berufung eingelegt. Der BAYER-Konzern ist dabei der Meinung, die Ansicht, er verletzte demokratische Prinzipien, sei direkt aus der Tatsachenbehauptung hergeleitet, die BAYER-AG würde Kritiker bespitzeln. Dies sei jedoch nicht der Fall, wie das Gericht in erster Instanz erkannt habe. Insofern sei die gesamte Passage als unzulässige Tatsachenbehauptung zu verbieten.

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren hat eine Reihe von Beispielen dem Gericht vorgelegt, wie der BAYER-Konzern seine Mitarbeiter einzuschüchtern versucht und bespitzelt. So wurden auf der Hauptversammlung 1986 geheime Videokameras installiert. Der Werkschutz des BAYER-Werkes in Leverkusen hat ein WDR-Team außerhalb des Werkes tätlich angegriffen und observierte BAYER-Mitarbeiter auf öffentlichen Plätzen. Diese und andere Fälle hat die Coordination gegen BAYER-Gefahren durch Zeugenaussagen belegt. Auf diese konkreten Beispiele geht die Berufungsbegründung der BAYER-AG jedoch nicht ein. Die Verhandlung wird am 20. Mai 1988 in Köln stattfinden.

Diese gerichtlichen Auseinandersetzungen sind ein Zeichen dafür, daß die Arbeit der Coordination gegen BAYER-Gefahren dem BAYER-Konzern ein Dorn im Auge ist. Gerade im Hinblick auf das 125-jährige Jubiläum der BAYER-AG in diesem Jahr sollen kritische Stimmen zum Schweigen gebracht werden. Die Coordination gegen BAYER-Gefahren plant diesen Widerständen zum Trotz eine »Alternative 125-Jahr-Feier« verbunden mit einem »BAYER-Tribunal« für August 1988. Die BAYER-Hauptversammlung im Juni 1988 wird wieder von den »kritischen BAYER-Aktionären« besucht werden. All diese Aktivitäten und die Prozesse kosten viel Geld und die Coordination gegen BAYER-Gefahren ist ausschließlich auf Spenden angewiesen.

Spendenkonto: Postgiroamt Essen
Kontonummer 4536 85 – 431,
BLZ 360 100 43

Weitere Informationen und eine Dokumentation über den bisherigen Verlauf des Prozesses gibt es bei der **Coordination gegen BAYER-Gefahren**
Hofstr. 27a
5650 Solingen

Projektwerkstätten
für sozial und umweltverträgliches Handeln

Seit dem 1. Oktober 1985 existieren an der Technischen Universität Berlin (TUB) die »Projektwerkstätten für sozial und umweltverträgliches Handeln«. Sie sind hervorgegangen aus verschiedenen studentischen Gruppen, die die Inhalte und Formen des Studiums nicht nur kritisieren, sondern selbst zur Verbesserung beitragen wollten. Der Mangel an Möglichkeiten zur Eigenverantwortung und Eigeninitiative und das Fehlen von Praxisbezug im Studium sowie die Frage nach den sozialen und ökologischen Folgen des eigenen Handelns gaben den Anstoß zur Gründung der Projektwerkstätten. Nach langen Auseinandersetzungen mit der Universitätsverwaltung wurden 24 Tutorenstellen eingerichtet, um zehn Projekte an neun verschiedenen Fachbereichen zu unterstützen. Die Gestaltung der einzelnen Projekte wird in Eigenregie von Studenten/Innen und Tutoren/Innen durchgeführt. In den Projekten soll versucht werden, ein fachübergreifendes Wissenschaftsverständnis zu entwickeln. So gibt es ein Projekt zu philosophischen Aspekten der Physik, das sich unter anderem mit der Verantwortung der Naturwissenschaftler/Innen für die Folgen ihrer Arbeit beschäftigt.

In der »Projektwerkstatt Informatik« wird die berufliche Praxis von InformatikerInnen untersucht. Neben der Frage nach den Arbeitsinhalten von InformatikerInnen steht die Frage nach eigenen Arbeitskonzepten, die nicht militärisch nutzbar sind und die nicht zu sinnloser Rationalisierung führen.

In der »Projektwerkstatt Elektrotechnik« wurde eine voltaische Solaranlage mit zugehöriger Elektronik entwickelt und aufgebaut. Die Westberliner Energieversorgung wurde analysiert, mit dem Ausblick auf alternative Energiekonzepte (Wärmekraftkopplung etc.). Mit alternativer Energie beschäftigt sich auch das »Energieseminar«, in dem jedes Semester sechs bis acht Projektgruppen sich mit speziellen Aspekten alternativer Energieversorgung praktisch auseinandersetzen.

Das »Praxisprojekt Ökologisches Bauen« hat begonnen, ein Gemeinschaftshaus für einen »Kinderbauernhof« in Kreuzberg zu planen und zu bauen. Es soll nutzerbezogen und ökologisch gebaut werden. So wurde ein fünfeckiger Zentralraum mit vorgelagerter Küche als Holzkonstruktion mit Lehmausfachungen und Grasdach erstellt.

Das Projekt »Frauenspezifische Probleme in Ingenieurstudium und Ingenieurberuf« will den Kontakt zwischen Ingenieurinnen und Studentinnen herstellen, um der Vereinzelung der wenigen Frauen im Ingenieurstudium und Ingenieurberuf entgegenzuwirken. Nur 6 – 7% aller Studierenden an der TU Berlin sind Frauen, und so entsteht bei ihnen immer wieder der Eindruck, die erste und einzigste auf ihrem Gebiet zu sein.

Die erfolgreiche Arbeit der Projektwerkstätten führte dazu, daß die zunächst für zwei Jahre bewilligten Tutorenstellen bis zum 30. September 1988 verlängert wurden. Die Kommission für Lehre und Studium (LSK) befürwortet darüber

Stellenangebote

Engagierter Chemiker
für ABM-Projekt (Umweltschutz/ Industrieländer und »Dritte Welt«) im Großraum Düsseldorf gesucht.
BI-Nähe erwünscht.
Näheres unter Chiffre: WW 36/1

an: Wechselwirkung, Gneisenaustraße 2, 1000 Berlin 61

ISBN 3-925007-45-8

PSYCHOLOGIE & GESELLSCHAFTS KRITIK 45/46

Lebensweisen und Tod

INHALT
EDITORIAL
THEMATISCHE BEITRÄGE
Dieter Schwarz
Leben, Lebenslauf, Alter und Tod.
Überlegungen zur Professionalisierung des Lebens
Volker Wackerfuss
Natürlicher und unnatürlicher Tod.
Sterben in der industriellen Gesellschaft
Igor A. Caruso (†), Angelika Rubner
Notizen zu einer Diskussion über den Tod.
Gottfried Mergner, Petra Schwarzer
Der Tod und die Sozialdemokratie.
Hartmut Diessenbacher
Tod und Trauer.
Wenn Ehefrauen ihren Mann verlieren.
Ingelore Ebberfeld
Über die Unnatürlichkeit von Tod und Freitod.
Plädoyer für den Freitod
Christian Folle
Selbstmord, Suizid, Freitod oder vom lebensgefährlichen Wagnis einer unfreien Freiwilligkeit
Udo Sierck
Behinderte Menschen als Objekte der Sterbehilfe – Diskussion
Hartmut Diessenbacher, Ernie Ueberschär
Helfen und Töten.
Zum Fall des Massenmörders Arnfin Nesset
LESERBRIEFE
REZENSIONEN
AKTUALITÄTEN / TERMINE

Eine psychologiekritische Zeitschrift für Psychologen, Pädagogen, Sozialwissenschaftler in Theorie und Praxis. Einzelheft 11,- DM/Doppelheft 18,- DM/ Jahresabonnement 34,- DM/Student/inn/en, Arbeitslose u.ä. 28,- DM; jeweils zzgl. Porto.
Erhältlich in jeder guten Buchhandlung oder direkt bei der Redaktion der P & G, Bürgerbuschweg 47, D-2900 Oldenburg, Tel. (0441) 64126.

hinaus eine Dauereinrichtung des Modells, wofür die Projektwerkstätten auch bereits ein Konzept erarbeitet haben. Weitere Informationen und einen Bericht über die bisherge Arbeit der Projektwerkstätten gibt es beim

ASTA der TUB
TechNet – Büro
Marchstr. 6
1000 Berlin 10
Tel.: 030 – 3142 4437

Informatiker gegen Postpläne

Für den Herbst 1988 bereitet die Deutsche Bundespost eine grundlegende Neugestaltung der Sprach- und Datenübertragung vor: die flächendeckende Einführung von computergesteuerten Vermittlungsstellen und digitaler Übertragung, was die Integration dieser Dienste in ein Netz möglich macht.

Das Forum Informatiker für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIFF) stellt dazu anläßlich einer Veranstaltung im März 1988 fest:

- Die bisherige Entwicklung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.
- Statt demokratische Institutionen als Entscheidungsträger haben Firmen der Telekommunikationsindustrie bereits die Weichen für die Zukunft gestellt.
- In einer Zeit, wo das Sicherheitsbedürfnis des Staates große Ausmaße annimmt – Sicherheitsgesetze, maschinenlesbarer Ausweis, Patientendatei u.ä.m. – und die Datenschutzbestimmungen ausgehöhlt werden, erfolgt die Einführung einer technischen Infrastruktur mit allen unendlichen Möglichkeiten einer vollständigen Überwachung in Gesellschaft und Betrieb.
- Darüber hinaus birgt ISDN ein enormes Rationalisierungspotential und wird entscheidend die zwischenmenschlichen Beziehungen beeinflussen.

Deshalb fordert das FIFF:

- Ohne Beteiligung von Vertretern der Arbeitnehmer, Bürger und Verbraucher dürfen keine weiteren Entscheidungen getroffen werden. Dies setzt eine umfassende Information und Diskussion über die Risiken und Gefahren von ISDN in der Bevölkerung voraus.
- Eine so weitreichende Großtechnologie zwingt gerade zu einer parlamentarischen bzw. demokratischen Kontrolle sowie einer Abschätzung des gesellschaftlichen Bedarfs.
- Die Überschaubarkeit und Kontrollierbarkeit eines solchen komplexen Großsystems läßt sich nur durch technische Abtrennung (Teilnetze) ermöglichen.
- Aus Datenschutzgründen müssen Anonymisierungsverfahren entwickelt werden. Das setzt voraus, daß der Datenschutz immer weiter ausgebaut und konkretisiert wird. Die technischen Systeme haben sich den Datenschutzbedürfnissen anzupassen und nicht umgekehrt.
- Der Rationalisierungseffekt, der in der Veränderung der inner- bzw. zwischenbetrieblichen Kommunikation liegt, darf nicht unterschätzt werden und erfordert dringend von den Gewerkschaften eine breite Diskussion und gemeinsames Handeln.

Kontakt:
Jutta Schaaf
Philipp-Reis-Straße 71
6000 Frankfurt 90

Jugendwerkstatt Felsberg e.V.

Wir suchen
Industriemeister, auch
Elektroingenieur,
Berufsschullehrer
als Ausbilder für Energieanlagenelektronik.

Wir sind ein selbstorganisiertes Projekt mit Ausbildungswerkstatt, Energieberatungsstelle, Bildungsbereich, selbstverwaltetem Betrieb und Ingenieurbüro.
Unsere Zielsetzungen sind: eine eigenständige Regionalentwicklung, Weiterentwicklung und Konkretisierung dezentraler und regenerativer Energieanlagen.
Ein neuer Ausbildungsdurchgang beginnt am 1.8.1988 mit zwölf Auszubildenden und zwei Ausbildern.
Ein Schwerpunkt der Ausbildung: alternative Energiegewinnungsanlagen. Deshalb sind Interesse oder Erfahrungen in diesem Bereich erwünscht.

Jugendwerkstatt Felsberg e.V.
Sälzerstr. 3a
3582 Felsberg
Tel.: 05662-2727

Rezensent/in gesucht

Die Arbeitsgruppe Oberkircher Lehrmittel (AOL) sucht für ihr wichtigstes Projekt, die Rezensionszeitschrift »AOL-Bücherbrief«, noch eine/n praxiserfahrene/n Kollegen/in, die/der Unterrichtsmaterialien für das Fach »Erdkunde« auf ihre Brauchbarkeit im Unterricht überprüft. Er/sie sollte sich nicht nur in den Erdkunde-Lehrbuchwerken, sondern vor allem auch in alternativen Unterrichtsmaterialien etwas auskennen.
Vorteile: Kleines Honorar, vor allem aber: die neuesten Schulverlagsprodukte frisch und kostenlos auf den Tisch. Nachteile: Kontinuierlicher Arbeitsaufwand.
Bitte melden bei:

Redaktion: AOL-Bücherbrief
Itzehoer Weg 3
2000 Hamburg 20
Tel.: 040 – 422 62 64.